ein Handyabo abschließen sich gegen Ausbeutung am Arbeitsplatz wehren als Zeug*in bei einem Unfall aussagen einen Mietvertrag abschließen Führerschein machen



Städtische Verwaltung und Behörden

soziale Bewegungen, migrantische Organisationen, (stadtpolitische) NGO kirchliche Gruppen etc.

Urban citizenship

Knüpfung von bürgerlichen, sozialen, politischen Rechten an die Stadtbürger* der Staatsbür

»Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Nationalstaaten. Das 21. Jahrhundert wird das Jahr-

DIE STADT

ALS SOZIALRAUM

In der Stadt werden die alltäglichen Grundbedürfnisse Wohnen, Arbeit, Bildung

und Reproduktion erfüllt. Hier finden gesellschaftliches Miteinander und

Teilhabe statt, hier werden nationale Gesetze umgesetzt. Kommunen

haben in Deutschland ein Selbstverwaltungsrecht (Art. 28 Abs. 2 GG).

Ihre Macht kann darin bestehen, sich solidarisch mit all ihren

Bewohner*innen zu zeigen, bei Abschiebungen nicht mit Bun-

desbehörden zu kooperieren, durch Pilotprojekte neue Ideen

aufzuzeigen und so den Druck für Änderungen auf staat-

licher Ebene zu erhöhen. Solidarity Cities wollen Demo-

die Stadt auch als Ganzes.

kratisierung von unten fördern und die Gemeinwohl-

oriertierung wieder in den Mittelpunkt der Politik

rücken. Gewinnen sollen durch eine solche Politk

nicht nur illegalisierte Menschen: Durch sinken-

de Kriminalität, steigende Beschäftigung und

Haushaltseinkommen sowie die Stärkung

anderer marginalisierter Gruppen profitiert

MIGRATION ALS NOR-MALITÄT

Solidarity City Netzwerke fordern eine Entkriminalisierung von Migration, ihre Anerkennung als Normalität und als Recht einer jeden Person. Sie fordern ergänzend zum Recht auf Auswanderung (Art.3 der Menschenrechte) ein Recht auf Einwanderung. Globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit sehen sie als eine wichtige Voraussetzung für globale

Anstatt die 'Festung Europa' zu verteidigen, soll Europa zu einem Schutzraum werden. Denn auf der einen Seite ist die Universalität von Menschenrechten und -würde zentral für Europas Selbstverständnis und globales Auftreten, auf der anderen tut Europa als Mitverursacher von Fluchtursachen jedoch vergleichsweise wenig für Menschen, die aufgrund dieser Umstände migrieren. Solidarity Cities stellen mit ihrer Sicht auf und ihrem Umgang mit Migration eine zentrale Machtquelle des Staates in Frage: die Kontrolle über Einwanderung, Zugehörigkeiten und Ausschluss.

Städte denen, die drin wohnen

Solidarity City Netzwerk Europa auf dem Weg zu Solidarität, Schutz und Teilhabe in der Stadt



Gesundheitsversorgung ohne Weitergabe von Informatiohaltsstatus durch

Ärtz*innen an Behörd

Don't ask, don't tell policy

Praxis kommunaler Behörden, a) Personen nicht nach dem Aufethaltsstatus zu fragen und) Informationen zu selbigem nicht an Bundesbehör









PROBLEMFELDER

X trügerisches Gefühl der Sicherheit X regulatorischer Flickenteppich

X zwei-Klassen-Gesundheitssystem

X kein Zugang zu sozialen Sicherungs-

systemen auf Bundesbene

X Koordination mit (Bundes)Behörden und Polizei

städtisches Asyl für Bewegung in Nordamerika Vietnamkriegsverweigerer in Berkeley/Kalifornien

1980 Beginn der »Sanctuary City«

Riace/Italien nimmt auf Initiative des Bürgermeisters Lucano 300 kurdische Bootsflüchtlinge auf

ufenthaltsstatus. Soll

len Zugang zu allen

Symbolische

tervention

fentliches Eintre-

en für den Schutz

und die Rechte von

lisierten durch

Irban City Card

des öffentlichen

2005 Beginn der »City of Sanctury« Bewegung in

Großbritannien

2015

die »Charta von Palermo«

(Organisation von 'Oben')

Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando verfasst

Gründung des europäischen Städteverbunds »Solidarity Cities« Gründung europäischen alternativen Städtenetzwerks »Solidarity City« (Initiativen von 'Unten')